

Der Strafzoll-Streit 14.03.2017



BERLIN/WASHINGTON (Eigener Bericht) - Etwaige US-Strafzölle auf Importe aus Deutschland sind für Berlin ein Schwerpunkt des kurzfristig auf Freitag verschobenen Treffens von Kanzlerin Angela Merkel mit US-Präsident Donald Trump. Die Trump-Administration hat soeben ihre neue Handelsstrategie vorgelegt, die eine Einführung von Strafzöllen auch unter Bruch der WTO-Regeln in Betracht zieht. In Kürze wird mit Robert Lighthizer der neue

US-Handelsbeauftragte ernannt; Lighthizer, der bereits unter US-Präsident Ronald Reagan als stellvertretender Handelsbeauftragter tätig war, gilt als überzeugter Anhänger protektionistischer Ansätze und ist Berichten zufolge mit rüden Verhandlungsmethoden höchst erfolgreich gewesen. Nach seiner Amtsübernahme werden die ersten konkreten Schritte in Sachen Handelsbeschränkungen erwartet. Berlin ist deshalb, will es auf seinem aktuell größten Absatzmarkt keine Einbußen hinnehmen, unter Zugzwang. Experten empfehlen eine Doppelstrategie aus einer Drohung mit Gegenmaßnahmen gegen etwaige Strafzölle und dem Angebot, Freihandelsgespräche fortzuführen. Bei ihrem Besuch in Washington wird Kanzlerin Merkel von den Vorstandschefs zweier deutscher Konzerne begleitet, die große Fabriken in den USA unterhalten und daher einigen Einfluss besitzen: Siemens und BMW.

Deutsche Exportoffensiven

Zu den zentralen Schwerpunkten der Gespräche, die Bundeskanzlerin Angela Merkel am heutigen Dienstag mit US-Präsident Donald Trump führen wollte, die aber nun wegen eines Unwetters kurzfristig auf Freitag verschoben werden mussten, gehört der bilaterale Außenhandel. Washington klagt schon seit Jahren über die exzessiven deutschen Handelsüberschüsse im Warentausch mit den USA, die sich 2016 erneut auf mehr als 49 Milliarden Euro beliefen. Die Vereinigten Staaten sind damit einer der Hauptfinanziers der gewaltigen deutschen Exportgewinne.[1] Die kürzlich bekannt gewordenen Außenhandelsdaten für Januar 2017 bestätigen, dass die deutschen Ausfuhren sowie die Ausfuhrüberschüsse weiterhin boomen: Mit Exporten im Wert von 98,9 Milliarden bei einem Handelsplus von 14,8 Milliarden Euro wurde ein neuer Rekordwert für einen Januar erzielt. Die deutschen Lieferungen in die USA profitieren nicht zuletzt davon, dass der Euro wegen der äußerst ungleichen ökonomischen Verhältnisse in der Eurozone viel niedriger bewertet wird, als es der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik entspräche: Die Investmentbank Morgan Stanley beziffert den Wert, den eine rein deutsche Währung heute besäße, auf 1,45 US-Dollar [2]; für einen Euro müssen hingegen zur Zeit nur 1,07 US-Dollar gezahlt werden, was deutschen Exporteuren einen gewaltigen Vorteil verschafft. Trump hat angekündigt, die deutsche Exportoffensive mit allen nur verfügbaren Mitteln abwehren zu wollen, und zieht unter anderem Strafzölle in Betracht.

Der neue US-Handelsbeauftragte

Mittlerweile bereiten die US-Regierungsapparate, insoweit sie nicht wegen der zahlreichen weiterhin unbesetzten Stellen noch faktisch handlungsunfähig sind, erste konkrete Maßnahmen vor. Ende Februar ist die Behörde des US-Handelsbeauftragten aufgefordert worden, die rechtlichen Rahmenbedingungen für etwaige Sanktionen gegen China und weitere Staaten zu prüfen; vielleicht ließen sich damit die WTO-Regularien umgehen, die Strafzölle im von Trump gewünschten Ausmaß eigentlich unmöglich machen, heißt es.[3] Praktische Schritte werden erwartet, sobald der designierte US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer in sein Amt eingeführt worden ist. Lighthizer, ein langjähriger erklärter Anhänger protektionistischer Ansätze, hat unter Präsident Ronald Reagan als stellvertretender Handelsbeauftragter gearbeitet und damals unter anderem eine Reduzierung japanischer Stahlexporte in die Vereinigten Staaten durchgesetzt. Auch darüber

hinaus hat er die Interessen der US-Stahlindustrie vertreten. Aktuelle US-Medienberichte schildern, wie er mit rüden Verhandlungsmethoden Erfolge erzielen konnte. Seine vordringlichen Ziele seien eine Neuverhandlung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA sowie eine Verringerung der US-Einfuhren aus China, heißt es. Welchen Stellenwert er dagegen der Senkung der deutschen Exportüberschüsse beimisst, ist noch unklar.

Schwarz auf weiß

Klar ist allerdings, dass die soeben publizierte Handelsstrategie der Trump-Administration es der US-Regierung gestattet, unter Umgehung der WTO-Regeln Strafzölle auf bestimmte Einfuhren zu verhängen. "In dem Dokument taucht ein möglicher Bruch mit WTO-Regeln erstmals schwarz auf weiß als politische Option auf", heißt es in einem Kommentar aus der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).[4] Technisch soll dies durch den Rückgriff auf ein US-Handelsgesetz aus dem Jahr 1974 (Trade Act, Section 301) ermöglicht werden, das es dem Präsidenten, wie die SWP erläutert, erlaubt, "ohne Zustimmung des Kongresses und auf unbestimmte Dauer Strafzölle auf Waren anderer Länder [zu] erheben und die Einfuhrmengen [zu] begrenzen". Washington kündigte damit zum ersten Mal seit Gründung der WTO im Jahr 1995 an, "dass es bereit ist, eigene wirtschaftliche und politische Interessen über geltendes internationales Handelsrecht zu stellen". Die Regierungen der US-Handelspartner "sollten die bereits veröffentlichten Eckpunkte der neuen US-Handelsstrategie inklusive der Androhung, geltende WTO-Regeln zu brechen, als eindeutigen Warnschuss verstehen", heißt es weiter: "Die EU darf nun nicht länger in einer Beobachtungspose verharren, sondern muss sich über Gegenmaßnahmen und Verhandlungsstrategien gegenüber den USA klar werden."

Zuckerbrot und Peitsche

Erste Schritte dazu unternimmt nun nicht Brüssel, sondern Berlin, für das die Sicherung nationaler deutscher Exportinteressen vorrangig ist. Experten haben eine Art Doppelstrategie vorgeschlagen, die "einerseits auf die Bereitschaft der EU abstellt, auf Strafzölle ... mit Gegenmaßnahmen zu reagieren", die andererseits jedoch "den Wunsch nach einer Verhandlungslösung und Deeskalation unterstreicht".[5] Berichten zufolge will Kanzlerin Merkel eine solche Doppelstrategie verfolgen. Demnach werde sie einerseits Trump vor neuen Zöllen und neuen Steuern auf Importe warnen und darlegen, dass sie nicht nur gegen WTO-Regeln, sondern auch gegen deutsch-amerikanische Steuerabkommen verstießen. Berlin könnte dann bei Bedarf sofort mit scharfen Gegenmaßnahmen reagieren. Gleichzeitig werde Merkel Trump auffordern, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EU fortzuführen, wird der Koordinator der Bundesregierung für die transatlantische Zusammenarbeit, Jürgen Hardt, zitiert.[6] In den vergangenen Tagen berichteten Korrespondenten, im Umfeld der Trump-Administration scheinere es eine überraschende neue Offenheit für den Vorschlag zu geben; selbst ein TTIP-Revival sei - wenn auch unter modifizierten Vorzeichen - nicht auszuschließen.[7]

Konzernmacht

Parallel bauen deutsche Konzerne Druck auf. Gemeinsam mit Bundeskanzlerin Merkel werden die Vorstandsvorsitzenden von Siemens und von BMW, Joe Kaeser und Harald Krüger, in Washington verhandeln. Siemens unterhält in den Vereinigten Staaten mehr als 60 Fabriken mit über 50.000 Angestellten. BMW hat in Spartanburg (South Carolina) sein größtes Werk weltweit errichtet; dort werden bis zu 450.000 Fahrzeuge jährlich produziert - bis zu 70 Prozent für den Export. Sie sei fest überzeugt, "dass der Gouverneur von South Carolina kein Interesse daran hat", dass BMW dort "seine Arbeitsplätze oder Investitionen abbaut", hat Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries kürzlich geäußert.[8] Die Drohung ist auch deshalb interessant, weil BMW erst im Juni 2016 den Grundstein für ein neues Werk in Mexiko gelegt hat und damit von etwaigen Strafzöllen direkt betroffen wäre. BMW-Chef Krüger hat allerdings bereits angekündigt, an dem Werk festzuhalten: Zum einen könne dort erst ab 2019 produziert werden, und es werde zwei bis drei Jahre dauern, bis die Fabrik die geplante Produktionskapazität von jährlich 150.000 Fahrzeugen erreiche, heißt es. Anfang 2021 geht Trumps erste Amtszeit zu Ende; ob Strafzölle bei einem potenziellen Nachfolger Bestand hätten, ist keineswegs klar. Zum anderen könne man in Mexiko, heißt es weiter, auch "für den Weltmarkt" produzieren.[9] Berlin hat bereits mehrfach in Aussicht gestellt, protektionistische Vorstöße aus den USA mit einer Ausweitung des Freihandels mit anderen Ländern zu beantworten. Manche Staaten nehmen bereits eine mögliche Abwendung von den USA bei einer gleichzeitigen Hinwendung zu Deutschland und der EU in den Blick - etwa Mexiko (german-foreign-policy.com berichtete [10]).

- [1] S. dazu [Der transatlantische Handelskrieg](#) .
- [2] Holger Zschäpitz: Merkel reist mit schwerer Hypothek zu Trump. [www.welt.de](#) 10.03.2017.
- [3] Shawn Donnan, Demetri Sevastopulo: Trump team looks to bypass WTO dispute system. [www.ft.com](#) 27.02.2017.
- [4], [5] Laura von Daniels: Eskalation der US-Handelspolitik. [www.swp-berlin.org](#) 03.03.2017.
- [6] Darüber will Merkel mit Trump reden. [www.welt.de](#) 11.03.2017.
- [7] Andreas Ross, Majid Sattar: Reise ins Ungewisse. Frankfurter Allgemeine Zeitung 13.03.2017.
- [8] Jan Dams: Wirtschaftsministerin Zypriens bietet Trump die Stirn. [www.welt.de](#) 11.03.2017.
- [9] Wie BMW auf US-Strafzölle reagieren würde. [www.manager-magazin.de](#) 01.02.2017.
- [10] S. dazu [In die Arme getrieben](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com